

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. Dezember 2014
– Drucksache 15/6217**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2013 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 16: Erhalt von Brücken an Landesstraßen**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 5. Dezember 2014 – Drucksache 15/6217 – Kenntnis zu nehmen.

19. 03. 2015

Der Berichterstatter:

Der Vorsitzende:

Manfred Hollenbach

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/6217 in seiner 59. Sitzung am 19. März 2015.

Der Berichterstatter stellte den Inhalt der Mitteilung der Landesregierung zusammenfassend dar und führte weiter aus, mit dem vorliegenden Bericht könne die parlamentarische Behandlung des Beitrags Nr. 16 der Rechnungshofdenkschrift 2013 als abgeschlossen betrachtet werden.

Es gebe nicht nur Brücken im Zuge von Landesstraßen. Vielmehr sei auch bei Brücken an Bundesstraßen und an Autobahnen vieles zu regulieren.

Die Landesregierung beabsichtige, die Straßenbauverwaltung bis 2018 um 200 neue Stellen aufzustocken. Er halte es für hoffnungsfroh, bis 2018 200 Statiker und

Experten für Brückenunterhaltung zu finden. Dafür sei der Markt seines Erachtens nicht gegeben, es sei denn, sie würden anderswoher gewonnen.

Auch das vorgesehene Bauwerksmanagement sei notwendig. Jedoch gebe es schon bisher klare und nachvollziehbare Unterlagen für die Brückenunterhaltung. Diese müssten nur herangezogen und ausgewertet werden.

Ein Abgeordneter der Grünen wies darauf hin, für die Sanierung von Straßen und Brücken seien in diesem Jahr 120 Millionen € vorgesehen. Damit befinde sich das Land auf einem guten Weg. Der Verkehrsminister werde morgen ein umfassendes Sanierungsprogramm bekannt geben. Die Landesregierung unternehme also einiges, um den Sanierungsstau aufzulösen.

Er begrüße, dass in diesem Jahr keine Rückzahlungen für Konjunkturprogramme mehr geleistet werden müssten, sondern die Mittel voll der Erhaltung von Straßen und Brücken zugutekämen. Auch sei es erfreulich, dass der Personalabbau in der Straßenbauverwaltung habe gestoppt werden können und neue Stellen geschaffen würden. Dieser Kurs müsse beibehalten werden.

Ein Abgeordneter der SPD unterstrich, die SPD habe schon seit Mitte des letzten Jahrzehnts immer wieder gefordert, mehr Mittel für den Erhalt bereitzustellen. Insofern sei der Rechnungshof mit seinen Bemerkungen an sich auf dem richtigen Weg. Seitdem Grün-Rot die Regierung führe, bestehe Kontinuität bei der Mittelbereitstellung und dem Stellenaufbau. Die Regierungskoalition habe die von ihr abgegebenen Versprechen auch gehalten.

Wenn statt „Erhaltungsplanung“ nun von „Management“ gesprochen werde, sei dies der Sache nicht unbedingt förderlich. Management stelle ein neues Modewort dar, mit dem manche Aktivität verschleiert werde. Er vertraue im Übrigen darauf, dass die Verwaltung die zur Verfügung stehenden Mittel ordnungsgemäß einsetze.

Daraufhin empfahl der Ausschuss dem Plenum ohne förmliche Abstimmung, von der Mitteilung Drucksache 15/6217 Kenntnis zu nehmen.

14. 04. 2015

Manfred Hollenbach